

Jugendliche in ländlichen Räumen – gehen oder bleiben? Handlungsspielräume und Empfehlungen der Kommunen

Kerstin Hoppe

Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Aigner,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Ländliche Räume – gehen oder bleiben?

Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Bleiben oder sogar Hingehen!

Ländliche Räume sind ein Synonym für Lebensqualität. Mit den Ländlichen Räumen verbinden sich Chancen und Perspektiven.

Die Menschen sind gerne in den Ländlichen Ortschaften, den Klein- und Mittelstädten zu Hause. Das zeigen die Zahlen:

Fast 70 Prozent der Deutschen leben außerhalb der Großstädte. Von den 3,5 Millionen Betrieben befindet sich - der weit überwindende Teil - in Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Dort hat der Mittelstand seine Heimat.

Aber: Mit den Chancen der Ländlichen Räume gehen auch Risiken einher. Das gilt zum Beispiel namentlich für die Arbeitsplatzsituation und für die demografische Entwicklung in den Regionen.

Wir müssen uns auf eine stark veränderte Bevölkerungsstruktur einstellen. Die Menschen in Deutschland werden weniger, älter und bunter werden.
Kurz zusammengefasst:

Bunter heißt, dass Integrationsfragen auch in Zukunft gestellt und beantwortet werden müssen. Älter heißt, dass unsere Systeme der sozialen Sicherheit und Fürsorge stabilisiert werden müssen. Und weniger heißt nicht zuletzt, dass der Wettbewerb der Kommunen um Menschen, um die Bevölkerung an Bedeutung gewinnen wird.

Und eines ist auch klar: Vor allem der Wettbewerb um junge Menschen wird bedeutsamer werden. Junge Menschen gründen Familien, sie bringen Innovationen und Zukunftsperspektiven.

Viele Angebote sind wichtig, um junge Menschen in den Ländlichen Regionen zu behalten oder sogar noch dazu zu gewinnen. Drei Punkte aber haben eine ganz herausragende Bedeutung: das Bildungs-, Ausbildungsplatz- und Beschäftigungsangebot.

Wir müssen sicherstellen, dass auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in den ländlichen Gemeinden im Bereich der Grund- und weiterführenden Schulen eine auskömmliche Bildung möglich ist. Das ist zum Beispiel durch mehr Kooperationen mit Nachbargemeinden möglich.

So sollten wir darüber nachdenken, ob es oftmals nicht besser ist, die Lehrer fahren zu lassen anstatt die Schüler zu befördern.

In den nächsten Jahren werden sich auch die Möglichkeiten des Online-Lernens erheblich verbessern. Auch das kann positive Effekte auf die ländlichen Räume haben. Junge Familien werden die Wahl ihres Wohnortes gerade vom Bildungsangebot für ihre Kinder abhängig machen. Deswegen sollten wir alles dran setzen, die verschiedenen Lernorte im

ländlichen Raum miteinander zu vernetzen - das Beschäftigungs- und Ausbildungsplatzangebot!

Was brauchen junge Menschen? Arbeit und Beschäftigung!

Nach dem Schulabschluss müssen wir in den Regionen so gut wie möglich Sorge dafür tragen, dass die jungen Menschen schnell in gute und qualifizierte Ausbildungsverhältnisse kommen. Ausbildungsverhältnisse, denen sich ordentliche Arbeitsplatzperspektiven anschließen müssen.

Alle Standortfaktoren in Ländlichen Räumen sind nachrangig, wenn ich in meiner Heimatregion nicht in Lohn und Brot kommen und bleiben kann. Wenn dieses nicht gelingt, ist auf dem Land gerade der Verlust der jüngeren Bevölkerung vorprogrammiert.

Und wer sorgt in den Regionen für Arbeitsplätze? Ich habe es bereits gesagt: Vor allem der Mittelstand. Und, dies soll nicht vergessen werden: auch die Kommunen und deren Töchter, wie zum Beispiel Stadtwerke und Sparkassen. Diese sind gerade in der Fläche überall präsent, bieten dort Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten gleichermaßen.

Wir müssen wegkommen von der Theorie, dass die Konzentration, dass die Ballung in Zentren ein Weg für die Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit sei. Das Gegenteil ist der Fall: Wir müssen eintreten für die starken und ausgewogenen dezentralen Strukturen!

Konkret heißt das, dass die Wirtschafts- und Regionalförderung nicht auf die Zentren und urbanen Ballungsgebiete konzentriert werden darf.

Gerade dies wird aber immer wieder in die Debatte gebracht. In der EU ist die Diskussion in vollem Gange, ob und wie eine faire und ausgewogene Förderung zukünftig auch in der Fläche sichergestellt werden kann. Wer dagegen eintritt, wird die politische Verantwortung für das Ausbluten der Ländlichen Räume zu tragen haben.

Ein Beispiel: Eine leistungsfähige Infrastruktur ist unverzichtbar für eine gesunde Wirtschaft in den Regionen, und damit für das Arbeitsplatzangebot. Kommunen tun vieles dafür, um diese sicher zu stellen. Aber sie können auch nicht alles leisten. Zum Beispiel die Breitbandinfrastruktur ist ein unerlässlicher Zukunftsbaustein in den Regionen. Städte und Gemeinden können diese aber nicht alleine aufbauen und unterhalten.

Wir brauchen ein verbindliches politisches Bekenntnis der EU, des Bundes und der Länder für den Breitbandausbau in der Fläche. Und diesem Bekenntnis müssen konkrete Politiken und Fördermittel folgen!

Und die Städte und Gemeinden müssen ihre Zukunft auch selbst beherzt in die Hand nehmen. Es gibt keinen „Königsweg“, kein allgemeines Rezept, wie Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in einer Region am Besten gelingen kann. Jede Region hat besondere Probleme, aber auch besondere Chancen und Potentiale. Diese gilt es zu erkennen und zu nutzen!

So ist zum Beispiel für meine eigene Gemeinde Schwielowsee die Nähe und Erreichbarkeit gleichermaßen der Zentren Potsdam und Berlin ein wichtiger Entwicklungsfaktor. Diese Zentren kann man als Konkurrenz in der Wirtschaftsförderung sehen. Oder gerade auch als positiver Standortfaktor, dessen Vorteile es zu nutzen gilt. Wir sind dieses erfolgreich angegangen, durch die Entwicklung leistungsfähiger Tourismus- und Gewerbestrukturen. Durch die Präsentation unserer Region als attraktives Freizeitangebot einerseits, dass andererseits an die nahe gelegenen Zentren gut angebunden ist.

Und: Die Zusammenarbeit in den Regionen wird weiter an Bedeutung gewinnen. Wir müssen das Kirchturmdenken aufgeben, unnötiges Konkurrenzverhalten einstellen und gemeinsam an die Lösung von Problemen gehen, wo immer dieses möglich ist!

Das Arbeitsplatzangebot können die Städte und Gemeinden mit anderen Maßnahmen flankieren und unterstützen. Wir sprechen hier oftmals von den „weichen Standortfaktoren“ – die aber sehr konkret das Leben vor Ort berühren. Das sind zum Beispiel die Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Betreuung der Senioren. Das ist das Schul-, Kultur und Bildungsangebot. Das sind die Freizeit- und die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort.

Es geht zum Beispiel auch um eine aktivierende Jugendpolitik. Es ist eine Stärke gerade der mittleren und kleineren Kommunen, dass soziale Strukturen dort verbindlich und stark sind. Das gilt zum Beispiel für unsere vielen Vereine oder auch freiwilligen Feuerwehren. Die Menschen auf dem Lande kennen sich und achten aufeinander!

Für die langfristige Bindung junger Menschen an ihre Heimatgemeinden ist besonders die erlebnisintensive Jugendzeit von entscheidender Bedeutung. Nur wenn diese Zeit positiv besetzt ist besteht die Chance, dass junge Erwachsene, die ihre ersten Erfahrungen bei der Ausbildung in der Fremde gesammelt haben, in ihrer Heimatgemeinde eine Familie und damit Zukunft gründen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!